

Niederschrift

**über die in der 04. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
am 28.10.2015 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-
schlüsse**

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 17:14 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17:14 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 17:15 Uhr

anwesend sind

Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mulder, Andy	Kleve
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Stevens, Agnes	Uedem
Berg, Josef	Kleve
Engler, Gerd	Goch
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Killewald, Norbert	Kevelaer
Gorißen, Dietmar	Kleve
Looschelders, Herbert	Kleve
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Schreiber, Adolf	Goch
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Raubach, Müserref	Kleve

unentschuldigt fehlen

Frau Höhn	Rees
Herr Severin	Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Zandra Boxnick
Günter Franik
Markus Dahms

Öffentliche Sitzung

1. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
2. Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand
3. Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015
4. Ärztliche Versorgung im Kreis Kleve
hier: Hausarztakademie im Kreis Kleve
5. Kommunale Pflege und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve
Entsendung eines Vertreters des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
6. Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve - KPGK
Bericht aus der letzten Sitzung
7. Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
Bericht aus der letzten Sitzung
8. Anfragen
9. Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

10. Anfragen
11. Mitteilungen

Zu **Punkt 1** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 301 /WP14

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Für die Dauer der Wahlperiode bestellt der Ausschuss die Kreisangestellte Frau Stefanie Thyssen zur stellvertretenden Schriftführerin.

Zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 297 /WP14

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
Bericht über den aktuellen Sachstand

Herr Mulder verweist auf die ausführliche Drucksache der Verwaltung sowie die Möglichkeit weitere Daten auf der Homepage der Kreisverwaltung einzusehen.

Herr Habicht dankt für die ausführliche Sitzungsvorlage und bezweifelt die Aussagekraft der Prognose bezüglich der Flüchtlingszuströme. Auf Nachfrage von Herrn Habicht informiert Herr Franik, dass der Rückgang der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sicherlich viele Ursachen habe. Hervorzuheben sei dass die Wirtschaft gut laufe und die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Kreis Kleve deutlich wachse. Zu den Projekten "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" und "Grenzen bewegen" werden die Integrationserfolge statistisch erfasst. Somit könne nach Ende der Projektlaufzeit eine mit Zahlen unterlegte Nachbetrachtung vorgenommen werden. Weiter wird informiert über die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu den Branchen, in denen im Rahmen des Nachvermittlungsprozesses noch Ausbildungsstellen angeboten werden.

Fundstelle/ Link:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201508/iiia5/ausb-ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt/ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt-05154-0-201508-pdf.pdf>

Abschließend berichtet Herr Franik, dass das Projekt "Chance Zukunft" ein eher kleines Pilotprojekt sei, bei dem nur 7 Teilnehmer aus dem Kreis Kleve vorgesehen sind.

Auch Herr Engler bedankt sich für den Sachstandsbericht. Er gibt zu bedenken, dass lediglich ein Teil der Flüchtlinge in das Leistungssystem des SGB II gelänge. Es sei daher mit einer erheblich höheren Zuwanderung zu rechnen als in der IAB-Studie prognostiziert. Er wisse, dass die Vermittlungsarbeit mit Flüchtlingen sehr schwierig sei. Daher fragt er an, ob entsprechende Schulungen für Mitarbeiter der Jobcenter bei den kreisangehörigen Kommunen geplant seien und dort dann eine zentrale Bearbeitung der Gruppe der Flüchtlinge durch Spezialisten erfolgen würde.

Herr Franik stimmt zu, dass die Aufgaben im Rahmen der Gruppe der Flüchtlinge hochkomplex seien. Die Problematik sei noch recht neu. Es gäbe derzeit einen sehr intensiven Austausch mit allen Beteiligten. Zum jetzigen Zeitpunkt würden noch keine Spezialisten eingesetzt.

Herr Looschelders hält insbesondere das Projekt "Be PART of it - Soziale Teilhabe" für sehr positiv, da es wie früher die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wichtig für alle die Personen sei, die sonst kaum eine Chance hätten, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Er hält es jedoch für besser, wenn die Beschäftigungsverhältnisse auf bis zu 40 Wochenstunden ausgeweitet würden und gibt zu bedenken, dass in vielen Fällen das Einkommen zu gering sein würde, um unabhängig von Leistungen nach dem SGB II zu leben.

Hierzu verweist Herr Franik darauf, dass die Rahmenbedingungen bei diesem Projekt vom Bund vorgegeben und daher kreisseitig nicht veränderbar seien.

Herr Poell bedankt sich ebenfalls für den ausführlichen Sachstandbericht und merkt an, dass insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen sei. Insbesondere das Sonderprogramm "Soziale Teilhabe" müsse herausgestellt werden, da hier zusätzliche 1,9 Mio Euro an Eingliederungsmitteln für den Kreis Kleve generiert würden. Auch sehr positiv findet er die Tatsache, dass es gelungen sei, die Handwerkskammer im Rahmen des Nachvermittlungsprozesses zur Mitarbeit zu bewegen. Abschließend lobt er noch, dass es eine intensive Zusammenarbeit mit den niederländischen Behörden gäbe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 300 /WP14

Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve"
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015

Herr Killewald erklärt für die antragstellende Fraktion, dass man mit der Antwort zum Antrag im Rahmen der Sitzungsvorlage nicht zufrieden sei. Es gäbe gute Beispiele dafür, dass die Aufgabe der Daseinsvorsorge auch anders angegangen werden könnte (z.B.: Kreis Heinsberg). Es sei selbstverständlich bekannt, dass es sich beim Gegenstand des Antrages um einen Bericht "für den Kreis Kleve" und nicht um einen Bericht "des Kreises Kleve" handle. Er führt weiter aus, dass der Landrat hier eine Chance verpasse, aktiv zu werden und es einen Rückschritt in Vorgehensweisen aus den Jahren 2007 und 2011 darstelle.

Herr Poell stellt fest, dass der Antrag mit 5 Seiten sehr umfangreich sei und merkt an, dass er aus der Zeit vor der Landratswahl stamme. Es läge eine ausführliche Beantwortung durch die Verwaltung vor. Insbesondere die eingangs angeführte Klarstellung, dass der Bericht nicht vom Kreis Kleve erstellt worden sei, hält er für wichtig. Die vorliegenden Antworten der Kreisverwaltung fänden die Zustimmung der CDU-Fraktion. Im Übrigen weiche der Antrag beispielsweise in der Frage des Erhalts aller Krankenhäuser im Kreis Kleve von der SPD-Linie in NRW ab und sei aufgrund des bestehenden Bettenüberhangs in NRW eher unrealistisch.

Herr Killewald führt aus, dass man nicht so blauäugig sei, anzunehmen, dass alle vier linksrheinischen Krankenhäuser erhalten blieben. Das stünde auch so nicht im vorliegenden Antrag. Er ist der Meinung, eine aktive Abstimmung mit der katholischen Kirche als Träger der Krankenhäuser sei zwingend erforderlich, der Kreis würde aber nicht tätig.

Herr Looschelders schließt sich dem Antrag an und sagt, dass Netzwerke benötigt würden und ein virtueller Pflegestützpunkt nicht ausreichend sei.

In Bezug auf die Ausführungen des Herrn Killewald zitiert Herr Poell aus dem Antrag der SPD den Satz: "Die vorhandene Krankenhausinfrastruktur muss erhalten und gesichert werden.". Er ist der Meinung, dass der Kreis Kleve nicht ernsthaft in die Investitionstätigkeiten in den Krankenhäusern eingreifen könne. Hier sähe er seitens des Kreises nur sehr beschränkte Möglichkeiten der Einflussnahme.

Weiter berichtet er, dass umfangreiche Beratungsangebote über Pflegemöglichkeiten im Kreis vorhanden seien. Er hätte dies gerade privat selbst erfahren. Die Kirche, Krankenkassen, der Kreis und die Krankenhäuser hätten zu einer guten Beratung beigetragen. Mindestens 80 % der Bedarfe würden insoweit bereits gut beraten und seien abgedeckt. Es gäbe diesbezüglich ein Mo-

dellprojekt der AOK in Zusammenarbeit mit der Uni Bielefeld. Abschließend stellt er fest, dass also ein Pflegestützpunkt nicht erforderlich sei.

Herr Engler gibt an, dass der Kreis zuständig sei. Der Bericht sei ehrenamtlich von einzelnen Personen erstellt worden. Nun würde um Hilfe gebeten, da noch Fortschreibungen und Ergänzungen des Berichtes erforderlich seien. Der Kreis hielte sich hier nicht für zuständig und böte an, wenn Mitglieder der KPGK eine Fortschreibung des "Gesundheitsberichts für den Kreis Kleve" vornähmen, würde diese mit der Sitzungsniederschrift dem Ausschuss vorgelegt werden. Diese Vorgehensweise sei unvertretbar.

Herr Hohl führt aus, dass die Krankenhausbedarfsplanung gerade in Abstimmung sei. Das Verfahren liefere noch bis ins Jahr 2016. Alle hofften, dass die Struktur im Kreis beibehalten werden könnte, aber es sei aktuell keine Aufgabe des Kreises hier aktiv zu werden.

Herr Habicht möchte zu Punkt 2a wissen, welche Aktivitäten in der Vergangenheit durchgeführt worden seien und was bei den Gesprächen mit der Elterninitiative, die sich nach seinem Wissen doch selbst gegründet habe, besprochen worden sei. Zu Punkt 2c interessiert ihn noch, wofür und an wen der Förderungsbetrag von 1,2 Mio Euro ausgezahlt worden sei.

Frau Boxnick benennt exemplarisch als Aktivitäten die "Kennenlernaktion", an der 18 Bürger teilgenommen hätten. Außerdem sei ein Hospitationsmodell durchgeführt worden, an dem 2 Interessenten teilgenommen hätten bzw. noch teilnahmen. Hierbei habe der Landrat stets persönlich die entsprechenden Gespräche geführt. Weiter führt Frau Boxnick aus, dass es unstrittig sei, dass sich die Elterninitiative selbst gegründet habe. Auch wenn nach Rückmeldungen der Bürgermeister der Mangel im Bereich der ärztlichen Versorgung lediglich in Kranenburg akut sei, habe der Landrat gemeinsam mit den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Elterninitiative bei den Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein in Düsseldorf begleitet. Es sei ein Austausch zum Thema kinderärztliche Versorgung gewesen, wobei insbesondere über Optimierungspotentiale gesprochen worden sei. Geplant sei, die Angelegenheit mit Unterstützung des Landrats noch auf höherer Ebene zu thematisieren.

Anschließend erörtert Herr Franik, dass im Rahmen der Förderung der Investitionskosten ambulanter Pflegedienste alle zugelassenen Pflegedienste antragsberechtigt seien. Es würden alle beantragten Pflegestunden gefördert mit einem Stundensatz in Höhe von 2,15 € (zzgl. einer evtl. Ausbildungsumlage).

Herr Berg gibt an, dass die engagierten Kollegen, die sich aufgrund ihres beruflichen Hintergrunds eingebracht hätten, vom Kreis und vom Landschaftsverband Rheinland besonders im Bereich der psychischen Krankheiten nun alleine gelassen würden.

Hierzu weist Frau Boxnick daraufhin, dass es Einvernehmen in der KPGK darüber gegeben hätte, dass erst wieder im Ausschuss beraten werden solle, wenn konkrete Empfehlungen vorlägen. Es sei ein Lenkungskreis gegründet worden, der zwei- bis dreimal getagt hätte. Es seien Prioritäten gesetzt worden. Wenn Ergebnisse hierzu vorlägen, könnten diese dokumentiert und in die KPGK eingespeist werden. Erst danach gäbe es wieder einen Handlungsbedarf im Ausschuss. Diese erforderlichen Schritte würden nach wie vor fehlen.

Abschließend stellt Herr Killewald für sich fest, dass man künftig mit Anträgen in der KPGK arbeiten müsse und der Landrat tätig werden könne, aber nicht tätig werden wolle.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 wird abgelehnt

Zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 296 /WP14

Ärztliche Versorgung im Kreis Kleve
hier: Hausarztakademie im Kreis Kleve

Frau Boxnick stellt klar, dass die Bemühungen um die Hausarztakademie nicht vom Landrat eingestellt worden seien, sondern aufgrund von Gesprächen mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer Nordrhein.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve beschließt, dass die Gründung einer Hausarztakademie im Kreis Kleve nicht weiterverfolgt wird.

Zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 322 /WP14

Kommunale Pflege und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve
Entsendung eines Vertreters des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Vertreter des Herrn Killewald in der Kommunalen Pflege- und Gesundheitskonferenz wird sein Vertreter im Ausschuss für Gesundheit und Soziales (derzeit Herr Kämmerer) benannt.

Zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 298 /WP14

Kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenz des Kreises Kleve - KPGK
Bericht aus der letzten Sitzung

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu **Punkt 7** der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 299 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve
Bericht aus der letzten Sitzung

Herr Habicht fragt zum Verständnis nach, was es bedeutet, wenn in der Vorlage davon die Rede ist, der Bürgerbus dürfe nicht auf "normaler" Strecke fahren.

Herr Franik erklärt, dass mit "normaler" Strecke die Routen und Zeiten des Linienverkehrs gemeint seien, da der Bürgerbus nicht als Konkurrenz, sondern Ergänzung gedacht sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Looschelders fragt nach, ob es Tendenzen gäbe, das geplante schlüssige Konzept zu den Unterkunftskosten im SGB II noch in diesem Jahr umzusetzen.

Herr Franik berichtet, dass derzeit noch die Abstimmung von Details vorgenommen würde und die Umsetzung des Konzeptes nicht vor dem Jahr 2016 geplant sei.

Zu **Punkt 9** der Tagesordnung:

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Anfragen

Es gibt keine Anfragen.

Zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Markus Dahms
(Schriftführer)

Mulder, Andy
(Vorsitzender)